

Ein neues politisches Panorama?

Kolumbien nach dem Referendum vom 25. Oktober 2003 und nach den Gouverneurs- und Kommunalwahlen vom 26. Oktober 2003

■ Eine positive Bilanz nach dem ersten Jahr

„Das Jahr, in dem die Hoffnung zurückkehrte“ – so lautete die Titelüberschrift der Wochenzeitung *Semana* über die vorläufige Bilanz der Regierung von Staatspräsident Alvaro Uribe, welche am 7. August 2002 ihre Amtsgeschäfte übernommen hatte. In ähnlicher Weise äusserte sich die internationale Presse: „Kolumbiens neue Hoffnung“ – so die Überschrift eines Kommentars von Michael Shifter in der *Washington Post* am 6. August 2003.

In der Tat: Uribe ist es gelungen, der Bevölkerung Kolumbiens wieder Zuversicht und Optimismus zu vermitteln. So ist die – für lateinamerikanische Verhältnisse – außerordentlich große Popularität Uribes nicht verwunderlich: Laut repräsentativen Umfragen äußern etwa 70 Prozent der Befragten Zustimmung zu seiner Politik. So ist es auch kein Wunder, dass in dieser fast schon überschwänglichen Stimmung über die Wiederwahl Alvaro Uribes nachgedacht wurde. Ein entsprechender verfassungsändernder Gesetzentwurf wurde in den Kongress eingebracht, ist aber nach dem gescheiterten Referendum zurückgezogen worden.

Wie ist die Popularität Uribes zu erklären? Zum einen ist auf seinen Regierungsstil zu verweisen. Wurde am 7. August 2002 noch seine Aussage belächelt: „Wir sind nicht gekommen, um uns zu beklagen, sondern um zu arbeiten“, so scheint diese Ankündigung jetzt erste Erfolge aufzuweisen. In der Tat: Uribe per-

Mit Spannung erwartet wurden die ersten Wahlen seit dem überraschenden und überwältigenden Sieg Alvaro Uribes, der am 26. Mai 2002 – im ersten Wahlgang – mit 53,04 Prozent der Stimmen zum Präsidenten Kolumbiens gewählt wurde. Am 25. Oktober 2003 wurde das von Uribe im Wahlkampf angekündigte Referendum zur politischen Reform und gegen die *politiquería* der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Am 26. Oktober 2003 fanden die regulären Kommunal-, Bürgermeister- und Gouverneurswahlen statt. Obwohl die offiziellen Wahlergebnisse noch nicht vorliegen, können doch schon jetzt erste Trends, Tendenzen und Resultate festgestellt und analysiert werden. Vor allem von dem Ausgang des Referendums erwartete man Rückschlüsse auf den weiteren Verlauf der Regierung Uribe, der – immer noch höchst populär – damit gewissermaßen sein politisches Schicksal verknüpfte, obwohl durchaus auch „unbequeme“ Reformen zur Abstimmung vorgelegt wurden. Zum anderen dürfte das Ergebnis der Kommunal- und Gouverneurswahlen Hinweise auf die Zukunft des traditionellen, immer noch existenten, aber mittlerweile zersplitternden Zwei-Parteien-Systems enthalten.

sonifiziert die Werte, die die große Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung beeindruckt: Arbeitsbereitschaft und Einsatzwillen. Dabei geht Uribe mit gutem Beispiel voran: Seine „Arbeitswut“ ist geradezu sprichwörtlich geworden, sein Tempo ist enorm, so dass er manchmal seine Ministerriege überfordert. Die Bevölkerung spürt, dass Uribe es ernst meint, dass er das Steuer der Regierungsgeschäfte in festen Händen hält, dass er eine klare Linie vorgibt und dass er der Gesellschaft wieder Halt und Orientierung vermitteln will.

Eingeführt hat er u.a. die sogenannten *sesiones comunitarias*, Kabinetts-Sitzungen in den verschiedenen *departamentos*, in welchen Bürgermeister, Gouverneure und andere Amtsträger ihre Klagen vortragen und Vorschläge machen können. Man fühlt sich ihm nahe und spürt, dass die öffentlichen Angelegenheiten sich in guten Händen befinden. Außerdem hat er im Juli 2003 eine – vom Fernsehen live übertragene – Evaluierung seiner Regierungstätigkeit durchgeführt, in welcher sämtliche Minister einen Bericht über ihr Ressort abgaben.

Zum anderen sprechen erste Erfolge eine eindeutige Sprache. Zunächst hat sich die Sicherheitslage spürbar verbessert. Den Sicherheitskräften ist es gelungen, der Guerilla Paroli zu bieten. So sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums die Überfälle auf Städte und Gemeinden um 78 Prozent zurückgegangen, Entführungen um 26 Prozent, Straßenüberfälle um 55 Prozent, Morde um 16 Prozent und Attentate um 24 Prozent. In 79 von insgesamt 190 Städten und Kreisen, aus welchen sich die Sicherheitskräfte zurückgezogen hatten, ist die Polizei wieder präsent. 15 000 sogenannte *soldados campesinos* wurden ausgebildet und auf 458 Städte verteilt, um Sicherheitsaufgaben wahrzunehmen, was die Rückkehr von 143 Bürgermeistern ermöglichte, welche auf Druck der Guerilla oder der Paramilitärs ihre Orte verlassen mussten und ihre Aufgaben dann von Bogotá aus wahrnahmen. 10 000 neue Polizisten wurden ausgebildet, 28 mobile Einsatzkommandos geschaffen sowie zwei Gebirgs-Bataillone und zwei mobile Brigaden aufgestellt.

Seit August 2002 sind in 1630 militärischen Zusammenstößen 1943 Angehörige der illegalen bewaffneten Gruppen gefallen und 8109 Personen gefangen-

genommen worden. Mehr als 1600 Angehörige der Guerilla und der Paramilitärs, deren Gesamtstärke auf etwa 30000 bis 40000 Personen unter Waffen geschätzt wird, haben die Waffen niedergelegt. Allerdings ist es bisher nicht gelungen, die Guerilla wirksam zu schwächen, sie zu bewegen, ihre intransigenten Positionen aufzugeben, und an den Verhandlungstisch zu bringen.

Einen großen Erfolg stellt sicher auch das Abkommen von Santa Fé de Ralito vom 15. Juli 2003 dar, in welchem sich der größere Teil der Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) – insgesamt 13000 Mitglieder – verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2005 die Waffen niederzulegen und sich wieder ins zivile Leben zu integrieren.

Schließlich kann von einer ökonomischen Reaktivierung gesprochen werden. So betrug das Wirtschaftswachstum im ersten Vierteljahr 3,8 Prozent, was vor allem dem Bausektor und der Klein-Industrie zugeschrieben wird. Die Arbeitslosigkeit ist leicht von 15,3 auf 13 Prozent gesunken. Insgesamt sind 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze in dem Zeitraum von Mai 2002 bis Mai 2003 geschaffen worden. Trotz eines Einbruchs im Außenhandel mit Venezuela ist es gelungen, die Exporte – vor allem in die USA – zu steigern.

Die Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der entscheidende Durchbruch bisher noch nicht gelungen ist, vielleicht auch nicht in der kurzen Zeit erwartet werden konnte. Möglicherweise ist die Guerilla militärisch derzeit auch nicht zu besiegen, sondern nur zu schwächen.

Außerdem kann man davon ausgehen, dass die Guerilla angesichts der Stärkung der staatlichen Sicherheitsorgane ihre Strategie ändert, die direkte Konfrontation zu vermeiden sucht und sich anderen Aktivitäten zuwendet: der Werbung und Schulung politischen Nachwuchses – vor allem auch in den Universitäten –, dem Eindringen in verschiedene soziale und ökonomische Sektoren, der Perfektionierung der Informationsbeschaffung sowie der Stärkung der eigenen Finanzen.

Auch gibt es Anzeichen dafür, dass sie weiterhin militärisch und politisch präsent ist und durch terroristische Anschläge und Attacken auf die Infrastruktur fähig ist, die nationale und internationale Auf-

merksamkeit auf sich zu lenken und das Ansehen der Regierung zu schwächen.

Vor allem ist eine Intensivierung des Konflikts zu verzeichnen, weil der Staat nun besser in der Lage ist, die Guerilla zurückzudrängen. So ist es zwar gelungen, Boden gutzumachen; aber der entscheidende Durchbruch steht immer noch aus.

■ **Das Referendum vom 25. Oktober 2003**

Das Referendum selbst galt als umstritten. Auf der einen Seite werden die Anstrengungen anerkannt, der Korruption und den negativen Praktiken in der Politik ein Ende zu setzen. Viele Beobachter sehen die vorgeschlagenen Maßnahmen zwar nur als eine „kleine Reform“, aber immerhin als einen „Schritt in die richtige Richtung“ an. Auf der anderen Seite hat sich eine beachtliche Opposition zu dem Referendum entwickelt: Gewerkschaften, Vertreter der Partei Polo Democrático Independiente und andere soziale Organisationen sind mit Aufrufen gegen das Referendum an die Öffentlichkeit getreten. Fundierte Kritik kam außerdem von dem ehemaligen Finanzminister und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der Konservativen Partei, Juan Camilo Restrepo, der ebenfalls eine Kampagne „Nein zum Referendum“ gegründet hatte. Der Vorstand der Liberalen Partei hatte seine Mitglieder und Anhänger aufgerufen, sich nicht an dem Referendum zu beteiligen – eine Entscheidung, die innerparteilich auf Widerstand stieß und Kritik vor allem von ehemaligen Mandatsträgern auslöste.

Der Ausgang des Referendums war daher nicht nur von entscheidender Bedeutung für die Führungsstärke und das Ansehen des Präsidenten, sondern auch für die institutionelle und makroökonomische Stabilität des Landes.

Es handelt sich um das vierte Referendum in der jüngeren Geschichte Kolumbiens, allerdings das erste nach der Inkraftsetzung der Verfassung von 1991.

Das Referendum vom Dezember 1957 entschied über 14 verfassungsändernde Artikel, die sich vor allem auf die Gründung und Bestätigung des Frente Nacional sowie auf das Stimmrecht der Frauen bezogen. Bei einer Wahlbeteiligung von 73,2 Prozent wurden die Vorschläge von 95,27 Prozent der Wähler angenommen.

Beim Referendum vom 27. Mai 1990 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 43,2 Prozent 95,79 Prozent der Wähler mit Ja; es öffnete den Weg zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Das dritte Referendum hatte genau diese Aufgabe – zum einen die Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen und zum anderen deren Mitglieder zu wählen. Bei einer Wahlbeteiligung von 26,06 Prozent stimmten 97,58 Prozent der Wähler zu.

Das Referendum vom 25. Oktober 2003 war umfangreicher als die bisherigen und forderte zum ersten Mal eine Mindestwahlbeteiligung von 25 Prozent, was 6267443 Personen entspricht. Diese Beteiligung musste bei sämtlichen 15 Fragen erreicht werden, über jede dieser Fragen war einzeln abzustimmen, da nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts Kolumbiens das Fragencorpus des Referendums nicht pauschal bejaht oder abgelehnt werden durfte.

Außerdem gab es zum ersten Mal eine deutliche Opposition gegen ein Referendum, sei es durch die Aufforderung – vor allem gewerkschaftlicher Gruppen und der Partei Polo Democrático Independiente –, mit Nein zu stimmen, oder seitens der Liberalen Partei, sich gar nicht an der Abstimmung zu beteiligen. Daher war zunächst die spannende Frage, ob es der Regierung und der sie unterstützenden politischen Kräfte gelingen würde, mehr als 25 Prozent der Wähler an die Urnen zu bringen. Interessant ist, dass eine repräsentative Meinungsumfrage, die zwischen dem 3. und 6. Oktober 2003 durchgeführt wurde, ergab, dass 23 Prozent der Wähler bereit seien, an dem Referendum teilzunehmen, und sieben Prozent die Möglichkeit ihrer Teilnahme in Aussicht stellten. Die gleiche Umfrage ergab eine weiterhin hohe Zustimmung von 74 Prozent zum Regierungshandeln. Es handelt sich um eine sehr stabile Zustimmung, die seit September 2002 nie unter den Wert von 68 Prozent gefallen ist.

Die Fragen des Referendums lassen sich in vier Bereiche aufteilen: Sanktionierung von korrupten Praktiken, Sanierung der öffentlichen Finanzen, Politische Reform und Partizipation sowie Bestimmung von Finanzen für den sozialen Bereich. Die 15 Fragen, die zur Abstimmung gestellt wurden, sind:

1. Verlust politischer Rechte, vor allem des passiven Wahlrechts;

2. Öffentliche und namentliche Abstimmung in Senat, Abgeordnetenversammlung und Gemeinderäten;
3. Ende der *suplencia*, d.h. der Vertretung von Volksvertretern durch die nächstfolgende Person auf der jeweiligen Wahlliste, wobei der Stellvertreter durch das Nachrücken die gleichen Pensionsansprüche wie der gewählte Abgeordnete erhielt;
4. Bürger- Beteiligung bei der Erstellung der öffentlichen Haushalte;
5. Unabhängigkeit der Parlaments-Verwaltung;
6. Reduzierung des Senats von 102 auf 83 Mitglieder und Einführung des Auszählungssystems nach d'Hondt;
7. Mandatsverlust öffentlicher Amtsträger;
8. Änderung der Alterssicherung und Beschränkung der Höchst-Pension auf das 25-fache des gesetzlich festgelegten Mindestlohns;
9. Auflösung der kommunalen und regionalen Rechnungshöfe;
11. Verbot öffentlicher Fonds, die von Abgeordneten verwaltet werden;
12. Investition eingesparter Mittel in den Sektoren Gesundheit und Erziehung;
13. Reform der Subsidien, die von öffentlichen Unternehmen an Städte und *departamentos* gezahlt werden;
14. Einfrieren der Gehälter und Pensionen im öffentlichen Dienst, welche zwei Mindestlöhne übersteigen, für den Zeitraum von zwei Jahren;
15. Einführung einer Sperrklausel von zwei Prozent für Wahlen zu Senat und Abgeordnetenversammlung;
19. Gültigkeit des Eintretens des Referendums.

Die Fragen 10, 16, 17, und 18 wurden vom Verfassungsgericht Kolumbiens in der Entscheidung C-551 vom 9. Juli 2003 für verfassungswidrig erklärt und standen somit nicht zur Abstimmung.

Die Durchführung des Referendums war nicht frei von Störungen: 87 Wahlurnen mit einem Inhalt von 34 800 Stimmen wurden verbrannt. Fünf Angehörige der Sicherheitskräfte wurden bei einem Angriff der FARC auf eine Garnison getötet. Bei einem Anschlag auf ein Elektrizitätswerk in Colanta starben sechs Zivilisten, zwölf Personen wurden verletzt.

Nach Auszählung von 97,24 Prozent der Wahlurnen ist davon auszugehen, dass das Referendum nicht bei allen Fragen die erforderliche Mindestbeteiligung erreichen wird. Nur die Fragen 1, 2, 3, 4 und 8 scheinen noch das Quorum erreichen zu können.

Würde man allerdings die Stimmenthaltungen als Teilnahme an der Wahl werten, würde sich so die Wahlbeteiligung erhöhen und wäre das Quorum schon jetzt übersprungen. (Tab. 1) Über diese Frage ist nach dem Referendum eine heftige Kontroverse entstanden.

Da es bei der Auszählung der Stimmen offensichtlich zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist, hat der Leiter des Consejo Nacional Electoral am 29.10.2003 eine Neuzählung angeordnet, die allerdings noch nicht abgeschlossen ist. Interessant ist das unterschiedliche Wahlverhalten: Während in Bogotá, Antioquia und im Eje Cafetero das Quorum leicht erreicht wurde, nahmen an der Costa Atlántica nur etwa 15 Prozent der Wähler am Referendum teil, so dass man fast von zwei politischen Kulturen in Kolumbien sprechen kann – einer modernen mit einem bewussten Wählerverhalten und einer traditionellen mit vorherrschendem Klientelismus.

Sicher bedeutet das Scheitern des Referendums einen schweren, auch persönlichen Rückschlag für Staatspräsident Uribe, aber es beeinträchtigt sicher nicht die Regierbarkeit des Landes. Unmittelbar nach dem 25. Oktober 2003 war mit dem Rücktritt des für das Referendum zuständigen Innen- und Justizministers Fernando Londoño Hoyos gerechnet worden, der vor allem von der Opposition, aber auch von Teilen des *uribismo* gefordert wurde. Am 6. November 2003 trat er schließlich zurück – vermutlich aufgrund kritischer Äußerungen zur innenpolitischen Situation, die nicht mit dem Präsidenten abgestimmt waren, oder wegen der bevorstehenden Verurteilung in einem Finanzprozess.

Warum scheiterte das Referendum? Zunächst handelte es sich, wie gesagt, nicht um *ein* Referendum, sondern um 15 Referenden, da jede Frage einzeln beantwortet werden musste. Darüber hinaus beinhaltete es sehr komplizierte Sachverhalte. Man schätzte, dass Personen, die sich nicht vorher ausgiebig informiert hatten, etwa 20 bis 30 Minuten benötigen wür-

den, um die Fragen zu lesen und dann eine Entscheidung zu treffen.

Zweitens wurden die Fragen des Referendums von den Wählern offensichtlich als nicht von derart herausragender Bedeutung eingeschätzt; außerdem gab es einige unbequeme Themen, so dass sich die Wähler nicht in größerem Maße mobilisieren ließen. Hinzu kommt, dass erst in den letzten Wochen eine intensivere Debatte über die Fragen des Referendums geführt wurde und so etwas wie „Wahlkampfstimmung“ aufkam – sicher auch dank der Befürworter des Nein. Vielleicht hat auch die Regierung zu wenig getan, um das Referendum populär zu machen und die Bedeutung der vorgeschlagenen Reformen zu erklären. In der *pedagogía del referendo* – das wurde schon im Vorfeld mehrfach von Beobachtern angemerkt – gab es offensichtliche Defizite. Geschadet hat sicherlich auch, dass die Führung der Liberalen Partei – allerdings innerparteilich umstritten – zur Stimmenthaltung aufgerufen hatte. Schließlich hat auch die zeitliche Nähe zu den Gouverneurs- und Kommunalwahlen dem Referendum geschadet. Aus verfassungsrechtlichen Gründen konnten beide Abstimmungen nicht gleichzeitig durchgeführt werden, so dass das Referendum dann an einem Samstag, der darüber hinaus für viele ein Arbeitstag war, stattfand. Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen dürfte fast doppelt so hoch wie beim Referendum gewesen sein, was darauf hindeutet, dass die politische Klasse auf unterer und mittlerer Ebene ihre Aufmerksamkeit eben mehr auf die Kommunalwahlen konzentrierte.

■ Die Kommunal- und Gouverneurswahlen vom 26. Oktober 2003

Erstmals wurden bei den Wahlen am 26. Oktober 2003 neue Regeln angewendet, die vom Kongress Kolumbiens am 19. Juni 2003 verabschiedet worden waren:

1. Der *umbral*: eine Sperrklausel, die bei den Kommunal- und Gouverneurswahlen bei 0,5 Prozent lag und bei den Wahlen zum Senat demnächst zwei Prozent betragen wird.
2. Die *cifra repartidora*: die Auszählung der Stimmen und die Verteilung der Sitze nach d'Hondt.

3. Die *listas únicas*: das praktische Verbot von Listen-Verbindungen, d.h. jede Partei oder Bewegung kann nur mit einer Liste antreten.
4. Das *voto preferente*: die Wähler konnten sich für eine Person auf einer Liste entscheiden und nicht nur eine Partei wählen.

Die Kommunal- und Gouverneurswahlen waren geprägt von Attacken der FARC-Guerilla auf Bürgermeister und Gemeinderäte sowie auf die Kandidaten, die sich am 26. Oktober 2003 zur Wahl stellten, um ein Klima der Unsicherheit und Verunsicherung zu erzeugen und die Demokratie Kolumbiens an einem der schwächsten Punkte zu treffen. Denn der Staat ist noch nicht in der Lage, im ganzen Land Präsenz zu zeigen und die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Staatspräsident Uribe hat zugestanden, dass zum Zeitpunkt seines Amtsantritts etwa 50 Prozent des Territoriums nicht vom Staat kontrolliert wurden. Diese Situation hat sich inzwischen zwar erheblich verbessert. Aber immer noch gibt es Sicherheitsdefizite, die angesichts der Größe des Landes, angesichts der geographischen Vielfalt und der – im Vergleich zum Staatsgebiet – geringen Zahl staatlicher Sicherheitskräfte auch nicht von heute auf morgen zu beheben sind.

Ein Bericht der Defensoría del Pueblo, welcher im Oktober 2003 veröffentlicht wurde, hat die Dramatik der Kommunalpolitik in Kolumbien aufgezeigt; mit Recht kann von einem Anschlag auf die Demokratie gesprochen werden. Vor allem seit Mitte des Jahres 2002 hat sich die Lage der Bürgermeister und Gemeinderäte dramatisch verschlechtert, als die FARC sie in einem Ultimatum zu „militärischen Zielen“ erklärten. 198 Bürgermeister – fast 20 Prozent der Bürgermeister des Landes – haben auf Druck der Guerilla ihren Rücktritt erklärt. Derzeit üben 166 Bürgermeister ihre Funktionen nicht in ihren Gemeinden, sondern „von außerhalb“ aus. Zwischen 1998 und 2003 wurden 63 Bürgermeister ermordet, acht von ihnen in diesem Jahr, wobei sich die Zahl des Jahres 2002 gegenüber dem Vorjahr verdoppelte.

In den letzten zwei Jahren wurden 18 Bürgermeister entführt und in Geiselhaft genommen.

Nach Angaben der Federación Nacional de Concejales wurden im Zeitraum von Mai 2002 bis Mai 2003 82 Mitglieder von Gemeinderäten ermordet;

mehr als 1800 Personen traten von ihren Ämtern zurück und haben als „interne Flüchtlinge“ ihre Gemeinden verlassen.

So ist es nicht verwunderlich, dass in 20 *municipios* (von insgesamt 1098), die sich in elf *departamentos* befinden, und in zwei *departamentos* – César und Magdalena – sich nur jeweils ein Kandidat um das Amt des Bürgermeisters bzw. des Gouverneurs bewarb.

Das herausragende Ergebnis ist sicher erstens in dem Wahlerfolg des Polo Democrático Independiente (PDI) und damit im Entstehen einer chancenreichen linken Volkspartei oder Sammlungsbewegung zu sehen. Luis Eduardo Garzón – ein ehemaliger Gewerkschaftsführer, der bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2002 mit 6,17 Prozent noch an dritter Stelle lag, wurde nun mit 46,59 Prozent zum Bürgermeister Bogotás – das zweitwichtigste Wahlamt, das Kolumbien zu vergeben hat – gewählt und wird nun schon von einigen Presseorganen als „Lula Kolumbiens“ gefeiert. Lange Zeit hatte Juan Lozano, der als „Uribist“ gilt und vom ehemaligen Bürgermeister und Präsidentschafts-Aspiranten Enrique Peñalosa unterstützt wurde, als der sichere Sieger gegolten. Entscheidend dürfte dann gewesen sein, dass die Führung der Liberalen Partei zehn Tage vor der Wahl ihrem offiziellen Kandidaten, Dr. Jaime Castro, die Unterstützung entzog, und ihre Anhänger aufrief, für Luis Eduardo Garzón zu stimmen. Auch wenn die Partei in dieser Frage gespalten war, dürften doch viele liberale Wähler diesem Aufruf gefolgt sein.

Erwähnt werden muss außerdem der überzeugende Erfolg von Angelino Garzón, ehemaliger Arbeits- und Sozialminister im Kabinett Pastrana, der mit fast 70 Prozent der Stimmen im Valle del Cauca zum Gouverneur gewählt wurde. Außerdem hat der PDI in Wahlallianzen die neu gewählten Bürgermeister von Medellín, Barrancabermeja, Buga, Cartagena und Pasto unterstützt. Der PDI könnte sich somit als erste ernsthafte linke politische Kraft im Parteiensystem Kolumbiens etablieren, wobei aber zum einen auf die bisher noch nicht sehr deutliche ideologische Geschlossenheit hinzuweisen ist und zum anderen der PDI seine politische Problemlösungskompetenz nun unter Beweis stellen muss.

Zweitens hat sich die Krise der traditionellen Parteien Kolumbiens – des Partido Liberal und des Partido Conservador – verschärft. Beide Parteien haben gegenüber den letzten Kommunalwahlen im Jahre 2000 Stimmenverluste hinnehmen müssen. Die Liberale Partei hat zwar mit zwölf Gouverneuren, sieben Bürgermeisterinnen und vier Bürgermeistern in Allianzen etwas besser als vor drei Jahren abgeschnitten und stellt etwa 32 Prozent der Gemeinderäte, aber intern ist die Partei tief gespalten, wie an ihrer Haltung zum Referendum, zu Kandidaten und zu strategischen Allianzen deutlich wurde.

Die Konservative Partei trat im Wahlkampf nur wenig in Erscheinung und verfügt nicht über ein modernes und kohärentes Programm, das – vor allem neue – Wähler anzieht und Antworten auf die aktuellen Herausforderungen gibt. Sie gewann vier Gouverneursämter direkt und drei weitere in Allianzen; etwa 16 Prozent der Gemeinderäte gehören der Konservativen Partei an. Allerdings ist dieses Panorama unvollständig, da die anderen Kräfte, die zur „konservativen Familie“ gehören, – vor allem Salvación Nacional, Equipo Colombia, Movimiento Nacional, Nueva Fuerza Democrática – berücksichtigt werden müssten.

Beide Phänomene lassen Beobachter von einem „Wandel der politischen Landkarte Kolumbiens“ sprechen. Das gesamte Ausmaß des Wandels wird aber erst durch die Analyse der Zusammensetzung der Gemeinderäte und der Juntas Administradoras Locales (JAL) – die sogenannten Stadtteil-Vertretungen – deutlich werden. Für Bogotá zeichnet sich jedenfalls ab, dass die Liberale und die Konservative Partei in beiden Gremien in eine Minderheiten-Position geraten sind. Sollte sich dieser Trend bestätigen und in den nächsten Jahren festigen, dann kann in der Tat von dem Beginn einer „Revolution von unten“ im Wählerverhalten Kolumbiens gesprochen werden.

Ob und in welcher Weise sich die Reformen auf das Wahlergebnis ausgewirkt haben, lässt sich noch nicht eindeutig feststellen. Sicher ist aber, dass die Sperrklausel und das neue Auszählungsverfahren Wirkung gezeigt haben. Nach einer Berechnung der Zeitung *El Tiempo* vom 3. November 2003 würden – wenn das Wahlergebnis als „nationale Wahl“ gewertet würde –

nur noch neun Parteien – derzeit sind 74 Parteien registriert – im Senat vertreten sein. (Tab. 3)

■ Ausblick

1. Das Scheitern des Referendums, von dem auszugehen ist, stellt sicher einen – vor allem auch persönlichen – Rückschlag für Präsident Uribe dar, wodurch aber, wie gesagt, nicht die Regierbarkeit des Landes beeinträchtigt sein wird. Mittlerweile wird an einem „Plan B“ gearbeitet, um die geplanten Reformen durchzusetzen. Auf der anderen Seite könnte das Scheitern des Referendums einen heilsamen Schock bewirken, der Uribe nötigt, die verbleibenden drei Jahre seiner Regierungszeit erneut zu überdenken und neu zu konzipieren.
2. Dem Präsidenten wurde schmerzlich aufgezeigt, dass ihm eine stabile, organisierte politische Basis im Kongress und in der Gesellschaft Kolumbiens fehlt. Die ihn unterstützenden Parteien und Bewegungen waren offensichtlich doch mehr daran interessiert, bei den Kommunal- und Gouverneurswahlen gut abzuschneiden als sich für den Erfolg des Referendums einzusetzen.
Zwar verfügt er über eine – allerdings schwankende – Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses, aber diese Mehrheit muss eben immer wieder – vor allem bei kontroversen Projekten – neu verhandelt und gesichert werden. Die neu gegründeten Parteien, die sich auf den *uribismo* berufen, haben noch keinen signifikanten Wahlerfolg verzeichnen können.
3. Es haben sich neue politische Kräfte konstituiert, es wird mehr Wettbewerb unter den politischen Parteien geben, obwohl die Einführung der Sperrklausel eher die traditionellen Parteien stärkt, die allerdings, was die absolute Zahl der Stimmen betrifft, sich in einem Niedergang befinden. Auch hier könnte man von einem Dämpfer zur rechten Zeit sprechen. Durch die Einführung der Zwei-Prozent-Klausel könnte es aber in Zukunft durchaus zu einem Einigungsdruck auf die den traditionellen Parteien nahestehenden Bewegungen kommen.

4. Beide Abstimmungen sind eine gute Antwort auf die politisch motivierte Gewalt in Kolumbien und stellen eine Stärkung der Demokratie dar.

Zunächst zeigen sie, dass der Wähler in einer demokratischen Ordnung „das letzte Wort“ hat, dass Wahlergebnisse nicht gänzlich vorhersehbar sind und dass auch einem populären Staatspräsidenten Grenzen gesetzt sind. Es gibt eben keinen Automatismus der Entscheidungen von oben nach unten.

Zweitens haben die Kommunal- und Gouverneurswahlen verdeutlicht, dass es auch einer linken Partei möglich ist, Einfluss zu gewinnen, mitzugestalten und auf friedlichem Wege einen politischen Wechsel herbeizuführen und politische Änderungen durchzusetzen. Wenn man die Bürgermeisterwahlen von Bogotá als *primaries* interpretieren würde, dann dürfte mit der chancenreichen Kandidatur eines linken Bewerbers bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2006 zu rechnen sein.

5. Vor allem in dem Ergebnis der Kommunalwahlen hat sich soziale Unzufriedenheit ausgedrückt. Darin verbirgt sich auch eine „nationale Botschaft“ an Regierung und Kongress, der sozialen Frage in Kolumbien mehr Bedeutung beizumessen. Nach offiziellen Angaben leben 64 Prozent der Bevölkerung Kolumbiens in Armut. Vor allem von dem neu gewählten Bürgermeister von Bogotá, der im Wahlkampf entsprechende Ankündigungen machte, wird eine engagierte Sozialpolitik erwartet.
6. Es ist aus demokratiepolitischen Gründen tragisch, dass das Referendum knapp am Verfehlen der Mindestwahlbeteiligung gescheitert ist. Es scheiterte nicht an der fehlenden Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger, die abgestimmt haben; denn jede Frage wurde mit mehr als 90 Prozent der abgegebenen Stimmen bejaht. Vor allem die Parteien und politischen Kräfte, die zur Nicht-Beteiligung aufgerufen hatten und aus diesem Grunde das Scheitern des Referendums provozierten, müssen sich daher nach ihrer Verantwortung für die demokratische Ordnung befragen lassen.

Nach dieser negativen Erfahrung dürfte es außerdem unwahrscheinlich sein, dass verfassungsändernde Reformen der Bevölkerung erneut zur Abstimmung vorgelegt werden. Auf der anderen Seite sollte nicht übersehen werden, dass beim Referendum mehr Wähler zustimmten als Uribe am 26. Mai 2002 zum Staatspräsidenten Kolumbiens wählten.

■ Anhang

■ Tabelle 1: Vorläufiges Ergebnis des Referendums (wenn die Stimmenthaltungen als abgegebene Stimmen und damit als Teilnahme an dem Referendum gewertet würden, nach www.nuevacolombia.info)

Pregunta	A = Si + No + Nulos	Sin Marcar	A + Sin Marcar
Pregunta 1	6252093	371526	6623619
Pregunta 2	6176805	441355	6618160
Pregunta 3	6216031	402901	6618932
Pregunta 4	6110300	513903	6624203
Pregunta 5	6015090	603467	6618557
Pregunta 6	5687992	930230	6618222
Pregunta 7	5660547	954917	6615464
Pregunta 8	6176503	442068	6618571
Pregunta 9	6092665	526024	6618689
Pregunta 11	6061085	555552	6616637
Pregunta 12	5991046	623219	6614265
Pregunta 13	6138638	474433	6613071
Pregunta 14	6069466	548503	6617969
Pregunta 15	5947459	665825	6613284
Pregunta 18	5792025	814475	6606500

(Quelle: www.nuevacolombia.info/referendo.htm)

II **Tabelle 2: Ergebnis der Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen nach departamentos und Hauptstädten der departamentos**

Gobernaciones		
Departamento	Gobernador	Partido
ANTIOQUIA	Anibal Gaviria	Partido Liberal
ARAUCA	Julio E. Acosta Bernal	Cambio Radical
ATLÁNTICO	Carlos Rodado Noriega	Partido Conservador
BOLÍVAR	Libardo Simancas	Partido Liberal
BOYACÁ	Jorge E. Londoño Ulloa	Nuevo Liberalismo
CALDAS	Emilio Echeverri	Movimiento de Salvación Nacional
CAQUETÁ	Juan Carlos Pinzón	Movimiento de Participación Popular
CASANARE	Miguel Ángel Pérez	Partido Liberal
CAUCA	José C. Silva Riviere	Partido Conservador
CESAR	Hernando Molina Araujo	Partido Liberal
CÓRDOBA	Libardo López Cabrales	Partido Liberal
CUNDINAMARCA	Pablo Ardila	Cundinamarca merece más
CHOCÓ	Julio Ibargüen Mosquera	Movimiento de Seguridad Social
GUAINÍA	Efrén de Jesús Ramírez Indígenas	Movimiento Autoridades
LA GUAJIRA	José Luis González	Partido Liberal
GUAVIARE	José Alberto Pérez Restrepo	Partido Conservador
HUILA	Rodrigo Villalba	Partido Liberal
MAGDALENA	Trino Luna Correa	Partido Liberal
META	Edilberto Castro	Partido Cambio Radical
NARIÑO	Eduardo Zúñiga	Convergencia Popular Cívica
NORTE DE SANTANDER	Miguel Morelli	Partido Conservador
PUTUMAYO	Carlos Alberto Palacios	Partido Liberal
QUINDÍO	Amparo Arbeláez Escalante	Partido Liberal
RISARALDA	Carlos Alberto Botero	Partido Liberal
SANTANDER	Hugo Aguilar Arango	Convergencia Ciudadana
SUCRE	Jorge Eliécer Anaya	Movimiento Nacional Progresista
TOLIMA	Jorge García Orjuela	Somos Colombia
VALLE DEL CAUCA	Angelino Garzón	Convergencia Popular Cívica
VAUPÉS	Jose Leonidas Soto	Partido Colombia Democrática
VICHADA	Manuel María Villalba	Partido Liberal

Alcaldías		
Ciudad	Alcalde	Partido
Medellín	Sergio Fajardo	Independiente con aval de la Alianza Social Indígena
Arauca	Hernando Paso	Movimiento Convergencia Ciudadana
Barranquilla	Guillermo Hoenigsberg	Movimiento Ciudadano
Cartagena	Alberto Barbosa	Partido Colombia Siempre
Tunja	Benigno Hernán Díaz Cárdenas	Movimiento Equipo Colombia
Manizales	keine Wahlen	
Florencia	Armando Barrera	Movimiento Político Solidario
Yopal	Nelson Ricardo Mariño	Partido Liberal
Popayán	Victor Libardo Ramírez	Carta Ciudadana
Valledupar	Ciro Arturo Pupo	Partido Liberal
Montería	Domingo Manuel Ortega	Movimiento Vamos Colombia
Bogotá	Luis Eduardo Garzón	Polo Democrático Independiente
Quibdó	John Jairo Mosquera Navarro	Apertura Liberal
Puerto Inárida	Luis Carlos Sandoval	Colombia Democrática
Rioacha	Wilder A. Rios Rojas	Partido Liberal
San José del Guaviare	Marcel G. Torres	Partido Colombia Siempre
Neiva	Cielo Gonzáles Villa	Colombia Viva
Santa Marta	José Francisco Zúñiga	Movimiento Colombia Viva
Villavicencio	Franklin Germán Chaparro	Partido Colombia Democrática
Pasto	Ramiro Suárez Corzo	Convergencia Popular Cívica
Cúcuta	Raúl Delgado Guerrero	Movimiento Colombia Viva
Mocoa	Elver Porfirio Cerón	Partido Conservador
Armenia	David Barros Vélez	Partido Liberal
Pereira	Juan Manuel Arango Vélez	Movimiento Nuevo Partido
Bucaramanga	Honorio Galvis	Alianza Nacional Popular ANAPO
Sincelejo	Jaime de J. Merlano	Movimiento Colombia Viva
Ibagué	Rubén Darío Rodríguez	Partido Liberal
Cali	Apolinar Salcedo	Movimiento Sí Colombia
Mitú	José González Torres	Movimiento de Participación Ciudadana
Puerto Carreño	Luis Eduardo Medina Amaya	Partido Liberal

**■ Tabelle 3: Stärke der politischen Parteien in Kolumbien
bei den Kommunalwahlen vom 26. Oktober 2003***

Partido Liberal	1 811 938 Stimmen
Partido Conservador	1 098 345 Stimmen
Equipo Colombia	466 582 Stimmen
Colombia Viva	405 024 Stimmen
Polo Democr. Ind. (PDI)	257 810 Stimmen
Colombia Democrática	228 978 Stimmen
Nuevo Partido	217 354 Stimmen
Cambio Radical	187 389 Stimmen
Mov. Nacional Conservador	184 844 Stimmen

* Nach Angaben der Zeitung *El Tiempo* vom 3. November 2003 aufgrund des vorläufigen Wahlergebnisses zusammengestellt

Das Manuskript wurde am 7. November 2003 abgeschlossen.